



INTERVIEW MIT

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein

**«Ich kann es nachvollziehen, dass
sich vermehrt Menschen in
Liechtenstein abgehängt fühlen»**

Text Patrik Schädler

Bilder Daniel Schwendener



Durchlaucht, welche Beziehung haben Sie zu Geld?
 ERBPRINZ ALOIS VON UND ZU LIECHTENSTEIN:
 Es ist zwar vieles einfacher, wenn man über ausreichend Geld verfügt. Geld macht aber nicht glücklich und es kann auch schnell wieder weg sein. Deswegen orientiere ich mich lieber an beständigen Dingen.

Was sind für Sie beständige Dinge?

Man sollte sich nicht an materiellen Dingen, sondern bleiben den Werten orientieren. Meiner Ansicht nach kann man nur auf diese Weise ein wirklich glückliches Leben führen. Der Glaube an ein Leben nach dem Tod kann in dieser Hinsicht ein Geschenk sein.

Haben Sie nicht das Gefühl, dass aufgrund der Gewinnmaximierungsphase, in welcher wir uns seit dem Zweiten Weltkrieg befinden, sich viele Lebensausrichtungen vor allem auf den finanziellen Wohlstand fokussiert haben und die anderen Werte in Liechtenstein gelitten haben?

Nicht nur in Liechtenstein, sondern auch in ganz Westeuropa hat die Bedeutung von Werten, vor allem traditionellen Werten, und auch von Religionsgemeinschaften abgenommen. Teilweise wird zwar nach neuen Werten gesucht. So sind heute Themen wie Ernährung und Umwelt manchmal sogar zur Ersatzreligion geworden. Dies sind aber keine Werte, welche nachhaltige Sicherheit geben. Aus diesem Grund ist eine gewisse Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft festzustellen.

Hatten Sie schon einmal Geldsorgen?

Zum Glück hatte ich nie grössere Geldsorgen. Meine Eltern haben aber meinen Geschwistern und mir bewusst gemacht, dass das Geld zuerst einmal erwirtschaftet werden muss, schnell einmal weg sein kann und man daher sorgsam damit umgehen muss.

Sie würden sich also als sparsamen Menschen bezeichnen?

Ich würde nicht sagen, dass ich überaus sparsam bin, aber meine Familie und ich führen in unserem Privatleben im Vergleich zu unseren finanziellen Möglichkeiten einen eher einfachen Lebensstil.

Seit 2004 nehmen Sie die Aufgaben des Staatsoberhauptes des Fürstentums Liechtenstein wahr. Erhalten Sie dafür eigentlich einen monatlichen Lohn? Oder wie muss man sich dies vorstellen?

Nein. Der Fürst beziehungsweise sein Stellvertreter bekommen vom Staat kein Salär. Im Gegenteil. Das Fürstenhaus übernimmt die ganzen Kosten, welche mit der Rolle des Staatsoberhauptes verbunden sind, wie etwa zusätzliche Personalkosten, die Kosten für Reisen, für Empfänge, offizielle Essen usw. Glücklicherweise ist heute das fürstliche Vermögen wieder gross genug, dass aus dessen Erträgen sowohl diese Kosten als auch die privaten Ausgaben des Fürsten und von mir problemlos getragen werden können.

Gibt es aber innerhalb der fürstlichen Familie ein Lohnschema oder ein Lohnprinzip? Ist das wie in einem Unternehmen geregelt?

Nein, es gibt kein fixes Salär in diesem Sinne. Ein Teil des Vermögens des Fürstenhauses wurde aber schon vor Jahrhunderten dazu verwendet, um dem jeweiligen Fürsten zu ermöglichen, seine Aufgaben damit zu bestreiten. Dieses Vermögen ist heute in Stiftungen eingebracht und entsprechend kann der Fürst als Hauptbegünstigter aus den Erträgen dieses Vermögens diese Kosten tragen.

Salärfragen und insbesondere auch Bonuszahlungen für Manager sind ein vieldiskutiertes Thema. Was ist für Sie ein gerechter Lohn?

Meiner Ansicht nach gibt es genauso wenig einen gerechten Lohn, wie es – zumindest auf Erden – eine völlige Gerechtigkeit gibt. Wie ist zum Beispiel die Situation zu beurteilen, wenn zwei Arbeitskollegen das gleiche Arbeitsergebnis liefern, sich einer dafür aber weniger anstrengen musste als der an-

dere? Soll er deswegen weniger Lohn erhalten oder den gleichen Lohn? Je nach Blickwinkel wird dies der eine als gerecht, der andere als ungerecht empfinden. Meiner Ansicht nach sollte man ein den jeweiligen Umständen entsprechend anständigen Lohn bezahlen. Je nach Branche und wirtschaftlicher Situation können sich Unternehmen aber sehr unterschiedliche Lohnhöhen leisten.

Im Zusammenhang mit den Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern kommt immer wieder die Forderung nach mehr Lohntransparenz auf. In Deutschland gibt es seit diesem Jahr sogar ein entsprechendes Gesetz. Was halten Sie von der Lohntransparenz?

Durch ein Gesetz verursachen wir möglicherweise mehr an Bürokratiekosten, als wir an tatsächlicher Lohntransparenz und letztlich Reduktion an Lohnunterschieden erreichen. Ausserdem dürften Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern heutzutage immer weniger auf einer bewussten Diskriminierung der Frauen beruhen, sondern darauf, dass sich eine schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem bei Frauen ungünstig auf ihre Lohnentwicklung und Karrieremöglichkeiten auswirkt. Meines Wissens wird dies durch nahezu gleiche Löhne von Frauen und Männern in der Zeit vor der Gründung einer Familie bestätigt. Ich halte es daher für zielführender, Fortschritte bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erzielen.

Haben Sie Verständnis dafür, dass sich in Liechtenstein trotz des allgemeinen Wohlstands immer mehr Menschen abgehängt fühlen?

Mein Eindruck ist, dass wir in früheren Zeiten zwar einen sehr viel geringeren Wohlstand hatten, sich der Wohlstand aber einigermaßen gleichmässig über die Bevölkerung verteilt hat. Mit dem zunehmenden Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich sicher grössere Unterschiede herausgebildet, aber weil es allen erstmals besser ging, hat man diese Unterschiede zuerst nicht so wahrgenommen. Zu meiner Schulzeit waren etwa Markenkleider noch gar kein Thema und auch die Frage, ob man jetzt das allerneueste Handy haben muss, stellte sich sowieso noch nicht. Das hat sich in den letzten Jahren massiv verändert. Heute gibt es einen Druck, mitzuziehen. Ausserdem hat der starke Anstieg der Krankenkassenprämien in den letzten Jahren vor allem für die unteren Einkommen zu zusätzlichen Belastungen geführt. Deshalb kann ich es schon nachvollziehen, dass sich vermehrt Menschen in Liechtenstein abgehängt fühlen. Obwohl man natürlich sagen muss, dass es im Vergleich zu früheren Zeiten praktisch allen wesentlich besser geht. Wir haben heute alle einen viel höheren Lebensstandard.

Die Anfragen an private Hilfsorganisationen steigen von Jahr zu Jahr. Als grosse Belastung für die unteren Einkommensklassen gelten die Krankenkassenprämien. Dabei geht es vor allem auch um die erhöhten Selbstbehalte und Franchisen. Wo müsste Ihrer Meinung nach hier angesetzt werden, damit diese Entwicklung nicht so weitergeht?

Durch die Reform des Krankenversicherungsgesetzes konnte der Anstieg der Krankenkassenprämien erheblich reduziert werden. Ausserdem sind im Vergleich zur Schweiz die Krankenkassenprämien in Liechtenstein wesentlich tiefer. Wir müssen aber davon ausgehen, dass die Kosten im Gesundheitssektor weiterhin stark ansteigen werden. Deshalb müssen wir uns auch in den nächsten Jahren Gedanken machen, wie wir durch weitere Reformen die finanziellen Mittel in diesem Bereich noch effizienter und zielgerichteter einsetzen. Nur so können wir die Kosten in einem vernünftigen Rahmen halten und gleichzeitig dort ausreichend Mittel einsetzen, wo sie wirklich nötig sind. Ein wichtiger Reformbereich in diesem Zusammenhang wäre die Pflegefinanzierung.

Eine zusätzliche Versicherung würde aber dazu führen, dass zusätzliche Ausgaben auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen. Wo müsste man aus Ihrer Sicht ansetzen, damit die tie-



«MEIN EINDRUCK IST, DASS WIR IN FRÜHEREN ZEITEN ZWAR EINEN SEHR VIEL GERINGEREN WOHLSTAND HATTEN, SICH DER WOHLSTAND ABER EINIGER- MASSEN GLEICHMÄSSIG ÜBER DIE BEVÖLKERUNG VERTEILT HAT.»



*«MEINE ELTERN HABEN ABER MEINEN GESCHWISTERN
UND MIR BEWUSST GEMACHT, DASS DAS GELD ZUERST EINMAL
ERWIRTSCHAFTET WERDEN MUSS, SCHNELL EINMAL WEG
SEIN KANN UND MAN DAHER SORGSAM DAMIT UMGEHEN MUSS.»*

feren Einkommen nicht zusätzlich belastet werden?

Wenn jemand nicht in der Lage ist, ausreichend in eine Pflegeversicherung einzuzahlen, sollte der Staat mit Steuermitteln einspringen und diese Personen in die Pflegeversicherung einkaufen. Im Falle einer Pflegekapital-Lösung sollte der Staat ebenfalls die Pflege jener Personen, die über kein Pflegekapital verfügen, aus den Steuermitteln unterstützen.

Die Stiftung Ihrer Frau, welche auch die Beratungsstelle schwanger.li betreibt, stellt immer wieder fest, dass Geld die grösste Sorge werdender Eltern ist. Man hat Angst, dass man sich ein Kind nicht leisten kann. Ist dies nicht eine tragische Entwicklung in einem reichen Land wie Liechtenstein?

Diese Ängste muss man meiner Ansicht nach differenziert betrachten. Die Beratungsstelle hatte im Unterschied zu den meisten anderen Beratungsstellen von Anfang an den zusätzlichen Auftrag, Frauen im Schwangerschaftskonflikt finanziell zu unterstützen, um ihnen auch in dieser Hinsicht eine Perspektive für ein Leben mit dem Kind zu geben. Entgegen der anfänglichen Erwartungen musste in diesem Bereich aber recht wenig Geld eingesetzt werden. Dies ist meines Wissens vor allem darauf zurückzuführen, dass eigentlich von staatlicher Seite ein gutes finanzielles Netz vorhanden ist, die Eltern aber vielfach nicht wissen, welche staatlichen Leistungen sie abrufen können. Wenn man sie aber begleitet und ihnen aufzeigt, welche Möglichkeiten es gibt, dann ist bis zu den entsprechenden Antragsstellungen häufig nur eine Überbrückungsfinanzierung notwendig. Es ist somit zumindest teilweise auch mehr ein Problem der Unkenntnis.

Eine jüngst veröffentlichte Studie der Sophie von Liechtenstein Stiftung zeigt auf, dass es wichtig wäre, wenn Kinder wenigstens im ersten Lebensjahr nicht ausserfamiliär betreut werden. Nur haben viele Eltern gar keine andere Wahl, da sie finanziell auf zwei Einkommen angewiesen sind. Wie soll dieses Problem gelöst werden?

Nicht alle Ehepaare, bei denen beide Partner arbeiten, sind tatsächlich auf zwei Einkommen angewiesen. Aber es gibt eine zunehmende grössere Anzahl, bei denen es ein Problem ist, wenn ein Gehalt wegfallen würde. Wie diese Studie gezeigt hat, ist es für die Entwicklung des Kindes im Normalfall das Beste, wenn die Eltern – zumindest im ersten Lebensjahr – ihr Kind selbst betreuen. Eltern, welche wirklich auf zwei Gehälter angewiesen sind, sollten wir daher von staatlicher Seite finanziell unterstützen, um dies zu ermöglichen.

Sie würden es aber nur in diesem Fall machen?

Wenn wir mehr Geld zur Verfügung haben, wäre es aus bildungs- und gesundheitspolitischen Überlegungen vorteilhafter,



für möglichst viele Eltern die Selbstbetreuung ihrer Kinder in den ersten Monaten noch attraktiver zu machen. Der Staat wird jedoch nicht sämtliche, sich aufgrund der Kinder ergebenden finanziellen Einbussen kompensieren können. Kinder sind nun mal mit Einschränkungen verbunden, nicht nur finanziellen, sondern auch zeitlichen. Gleichzeitig sind Kinder aber eine grosse Bereicherung. Dies sollte wieder stärker in das Bewusstsein der potenziellen Eltern gebracht werden. Es braucht aber noch viele weitere Schritte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die die Politik aber nur in guter Zusammenarbeit mit den Unternehmen erfolgreich umsetzen kann. Wir benötigen mehr Teilzeitangebote, Massnahmen für einen leichten Wiedereinstieg in das Berufsleben und generell eine Unternehmenskultur, die grossen Wert auf eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf legt.

Die Wirtschaft macht es heute aber gerade Männern nicht sehr einfach, eine solche Betreuungssituation herbeizuführen. Wenn sich ein Mann die Betreuungsarbeit mit seiner Frau teilen möchte und sein Pensum entsprechend reduzieren will, dann beisst er in vielen Unternehmen auf Granit. Vor allem, wenn es sich um eine leitende Position handelt.

Die Wirtschaft muss sich bewusst sein, dass dies auch eine Investition in die Zukunft ist. Dazu sollte der Staat zusammen mit Vordenkern in der Wirtschaft eine breitere Bewusstseinsbildung betreiben. Die Frauen sind heute hervorragend ausgebildet und die Unternehmen investieren heutzutage viel in ihre Weiterbildung. Wenn die Unternehmen die Frauen dann nicht halten können, erleiden sie entsprechende Verluste. Ausserdem weiss man, dass gemischte Teams, insbesondere auf Führungs-



ebene, meist erfolgreicher sind. Dazu wäre es aber wichtig, dass nicht nur Frauen Teilzeit arbeiten können, sondern auch die Männer bis in die Führungsebenen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass qualifizierte Frauen interessanterweise meist erst dann von Teilzeitmöglichkeiten Gebrauch machen, wenn dies auch die Männer tun, weil sie sonst Karrierenachteile gegenüber den Männern befürchten.

Öffentlich gab es bisher keine grossen Diskussionen, trotz der deutlichen Resultate der Expertise der Sophie von Liechtenstein Stiftung. Wie sind auf Ihrer Seite die Rückmeldungen auf die Publikation ausgefallen? Haben Sie Signale der Politik oder der Wirtschaft, dass dieses Thema aktiv angegangen wird?

Ich habe etliche Rückmeldungen erhalten. Auch wenn ich das Thema von meiner Seite anspreche, dann merke ich, dass sich viele in Politik und Wirtschaft dieser Problematik bewusst sind. Ausserdem hat die Familienumfrage der Regierung gezeigt, dass die meisten Eltern gerne ihre Kinder in den ersten Jahren selbst betreuen würden. Aufseiten der Unternehmen ist man sich vermehrt bewusst, dass eines der wichtigsten Kriterien bei der Auswahl eines Arbeitgebers heute eine gute Vereinbarkeit

von Familie und Beruf bzw. die sogenannte Work-Life-Balance ist. Die Herausforderung, weshalb die Politik und die Wirtschaft so zurückhaltend sind, ist aber die Finanzierungsfrage. Ausserdem tun sich vor allem kleinere Unternehmen mit flexiblen Teilzeitangeboten schwerer, obwohl gerade die Betriebe der Wirtschaftskammer relativ viele in Teilzeit beschäftigen.

Wäre es nicht am einfachsten, den Mutterschaftsurlaub auf ein Jahr zu verlängern? Dies wäre der schnellste Weg, um eine Veränderung herbeizuführen.

Eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes auf ein Jahr wäre meiner Ansicht nach zu begrüssen. Die Frage ist nur, in welchem Ausmass diese Verlängerung auch bezahlt wird. Dazu könnte ein flexiblerer Bezug der Mittel der Familienausgleichskasse bzw. der Kinderzulagen möglicherweise beitragen. Es ist aber fraglich, ob die dafür zur Verfügung stehenden Mittel als ausreichend empfunden werden. Gegenüber einer Finanzierung durch Änderungen an der Besteuerung hat die Wirtschaft Bedenken. Wahrscheinlich müssen wir daher an anderen Orten etwas einsparen, um beim Mutterschaftsurlaub etwas bewegen zu können. Dies ist aber wiederum politisch nicht einfach zu erreichen.

Nicht nur Personen mit einem tiefen Einkommen kommen mit den hohen Lebenshaltungskosten in Liechtenstein immer schlechter zurecht. Auch der sogenannte «Mittelstand» hat immer mehr Probleme. Wenn eine junge Familie auf einem eigenen Grundstück ein Haus für 750 000 Franken bauen will, dann braucht sie ein Brutto-Haushaltseinkommen von mehr als 100 000 Franken, um von der Bank eine Hypothek zu bekommen. Und eine Familie mit 6000 Franken Bruttoeinkommen in Miete kann praktisch keine Reserven ansparen. Laufen wir hier nicht Gefahr, ein riesiges Problem zu bekommen?

Ich sehe das auch mit einer gewissen Besorgnis. Ich hoffe, dass durch zusätzliche Wohnungsangebote eine positive Entwicklung bei den Mietpreisen erreicht werden kann. Wir sollten uns aber auch im Rahmen einer umfassenden Raumplanung mit diesem Thema befassen und prüfen, inwiefern nicht bessere Raumplanungsregelungen positive Auswirkungen auf die Preise der Grundstücke und indirekt auch der Mieten haben können.

Wenn Sie das Stichwort Raumplanung erwähnen, muss man aber doch eingestehen, dass sich diesbezüglich in Liechtenstein in den letzten Jahrzehnten nichts bewegt hat. Ist der Druck einflussreich noch nicht gross genug?

Ich habe den Eindruck, dass verschiedene Seiten das Thema gerne angehen möchten und einiges in Bewegung kommt. Meiner Ansicht nach sollten wir die Raumplanungsthematik umfassend auch im Hinblick auf Verkehr, attraktiven Lebensraum inkl. der Gestaltung des Rheins, Sportstätten usw. angehen. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema mit seinen ganzen Zusammenhängen aufbereiten und diskutieren. Das ist sicher ein längerer Prozess, bei dem man in einen breiten Dialog mit der Bevölkerung treten muss. Ich würde es daher sehr begrüssen, wenn dies in den nächsten Monaten startet.

Sie sind bekanntlich kein Befürworter des Giesskannenprinzips. In welchen Bereichen sehen Sie Umverteilungsansätze, damit das Geld wirklich dort ankommt, wo es dringend benötigt wird?

Die genaueste Umverteilung gelingt aus den Steuermitteln an jene Personen, bei denen man aufgrund einer Bedarfsprüfung festgestellt hat, dass sie staatliche Unterstützung benötigen. Das Problem mit Umverteilung über Sozialversicherungen ist, dass diese Art der Umverteilung weniger genau ist, weil in einem stärkeren Ausmass Finanzmittel von allen Einkommen wieder an alle – auch jene, die es nicht benötigen – verteilt werden. Besonders im Bereich der Altersvorsorge kommt es bei den Sozialversicherungen auch meist zu einer unfairen Umverteilung zwischen den Generationen, d. h. zu einer Begünstigung der älteren Generationen zulasten der jüngeren Generationen. Bei den Staatsbeiträgen zur AHV haben wir ausserdem das Problem, dass wir aufgrund des hohen Anteils an Grenzgängern zu einem beträchtlichen Anteil Steuergelder der hiesigen Bevölkerung an Grenzgänger im Ausland verteilen.